

De Minetter a seng Idenditéit.

Dëser Deeg ass en "toutes boîtes" un d'Leit verdeelt gin wou Monopol dropsteet. Esch steet och drop. Den éischte Gedanken ass: "Wéi..? Huet de Monopol erëm op? Da gesäit een awer dass dat eppes mam Kulturjoer 2022 ze dinn huet. Mee firwat Monopol...? Am Impressum gëtt een dann gewuer dass dat de Numm ass vun enger däitscher Illustréiert fir "Kunst und Leben" aus dem Res Publica Verlag vun Hamburg. Do seet een sech dass se dann awer wäit siche wuaren fir een ze fannen fir déi Broschür ze realiséieren. An do frett een sech dann och, op déi eis kennen, eis Minetter!

Mee egal, wann dann net am Interview mat der Coordinatrice vun Esch 2022 gif stoen dass d'Kulturjoer ënnert dem Motto leeft: "Wir geben der Stadt und der Region eine neue Identität",....an dann...,"auf die sie wieder stolz sein kann". Do muss een awer gewaltig schlécken, als Minetter! Do gif een jo gären wëssen firwat mär iwwerhaupt eng nei Identitéit brauchen, a wat fir eng? Als Stad, als Regioun an als Mënschen déi do liewen. Mär sinn amstand eis bescheiden Bedeitung ze beschreiwen an fir eisen laang erschafften kulturellen Wäerter déi néideg Relevanz ze gin. Dat Fundament huet déi richteg Qualitéit fir déi nei kulturell Wäerter ze schafen déi eng kontinuéierlech, mengetweegen och wirtschaftlech, Entwécklung erlaben déi jiddereen mathëlt. An dofir brauche mär keng nei Identitéit, mee eng Këppelchen fir erëm unzerappen.

## Solidarische (oder soziale) Ökonomie und ein rückläufiger Aktionsplan

Die Europäische Kommission hat Anfang Dezember 2021 ihren Aktionsplan für die Sozialwirtschaft auf den Weg gebracht und sich damit das Ziel gesetzt, „eine Wirtschaft im Dienste der Menschen aufzubauen“ (1). Das ist ein schönes Glaubensbekenntnis, obwohl wir glauben, dass die Wirtschaft von Natur aus im Dienst des Menschen steht. Es sind die Ungleichgewichte, die Ungleichheiten schaffen, und zwar auf allen Ebenen, und nicht das Konzept der Ökonomie an sich. Eine sog. Sozialökonomie aufbauen zu wollen, anders und neben der Ökonomie (anerkannt dominant, echt, legitim, etc.) ist daher gleichbedeutend damit, zu akzeptieren, dass letztere keine besondere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft übernimmt, ohne die sie aber doch keine « *raison d'être* » hätte. Sie würde ganz einfach den „Menschen nicht dienen“.

Nicolas Schmit, bekannter EU-Kommissar in Luxemburg, übernimmt die Vaterschaft. Sein Plan zielt auf nicht weniger als „soziale Innovation“ (1) mit dem Ziel, die Sozialwirtschaft weiterzuentwickeln und „ihre Kraft für die soziale und wirtschaftliche Transformation zu stärken“ (1). Ökonomische Transformation in welchem Sinne? Im Sinne einer Unterwerfung der Sozialwirtschaft unter die Kanone liberaler Verwaltung? Es ist nicht sicher, ob dieses neue Ziel die Akteure der Sozialwirtschaft beruhigt. Darüber hinaus gibt es in diesem Aktionsplan keine Spur von Innovation.

Um jedoch bei der Innovation zu bleiben, gibt es in Europa seit mehr als zwanzig Jahren Beispiele für Experimente innovativer Unternehmen, akademischer Forschung und politischen Entscheidungen. Bereits im Jahr 2000 schlug der Europäische Rat vor, die nachhaltige Entwicklung durch drei miteinander verbundene Säulen (Soziales, Wirtschaft und Umwelt) anzugehen. Der Begriff der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen wurde dann tatsächlich zu einem politischen Thema. In diesem Zusammenhang steht die Solidarische Ökonomie (SE), teilweise auch als Sozial- und Solidarische Ökonomie (ESS) bezeichnet, die so unterschiedliche Gebilde wie Corporate Citizens, Vereine, Genossenschaften, alternative politische Netzwerke, Bürgergruppen und Forscher, hat sich als eine Reihe von Akteuren aus der wirtschaftlichen Säule definiert. Es wurde dann akzeptiert, dass eine auf Gegenseitigkeit beruhende, gemeinnützige Wirtschaft, deren Investitionen nur dem Gemeinwohl dienen und die von einer Bürgergovernance gesteuert wird, die mehrere Arten von Interessengruppen (Bürger und Politiker) einbezieht, zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen könnte.

Der Aktionsplan definiert die Akteure der Sozialwirtschaft durch eine Reihe von Prinzipien wie „Vorrang von Menschen und sozialen und ökologischen Zielen vor Gewinn, Investition eines Teils des Gewinns in die Tätigkeit und partizipative oder demokratische Governance“ (1) . Das ist sicherlich lobenswert, schweigt aber praktisch über die Legitimierung von Strukturen und die wirtschaftliche Nachhaltigkeit des Sektors. Wäre dieser also den harten Gesetzen des Marktes überlassen? Zweifellos wird der soziale Sektor hier als Nebel mit vagen Umrissen verstanden, der zur Ideologie des Marktes verdichtet wird und in die Zwangsjacke des liberalen Managements gepresst werden soll.

Dass es alternative Wege gibt, ist seit langem bekannt. Auch in Luxemburg gab es Beispiele für die Produktion kollektiver Güter und Dienstleistungen und für demokratische Regierungsführung. Herr Schmit weiß wohl, dass sein Aktionsplan eigentlich nichts Innovatives vorschlägt. Wir denken sogar, dass es symptomatisch für einen allgemein stattfindenden Rückzieher ist, der vor einigen Jahren begonnen hat. Wir beziehen uns hier auf den Aufstieg der solidarischen Ökonomie, die seit etwa zwanzig Jahren in Luxemburg und über seine Grenzen hinaus besonders sichtbar ist. Insbesondere das Netzwerk Objectif plein emploi hat die Produktion von Gütern und Dienstleistungen entwickelt, die als von öffentlichem Interesse anerkannt sind, und gleichzeitig mit einer Governance der Gegenseitigkeit zwischen verschiedenen Schichten der Zivilgesellschaft experimentiert. Um dieses solidarische Wirtschaftsmodell „luxemburgischer Art“ zum Leben zu erwecken, haben Verbände, Bürgernutzer, Kommunen, Gewerkschaften und Ministerien zusammengearbeitet. Das Solidaritätsnetzwerk konnte funktionieren, weil es das Engagement von lokalen Mandatsträgern, Bürgern, Unternehmern, Künstlern und anderen lokalen Akteuren mobilisieren konnte. Diese Arbeit, eine Art Alchemie zwischen professionellen, freiwilligen, assoziativen, bürgerlichen und politischen Beiträgen, hat den Investitionen aus kommunalen, ministeriellen und europäischen Programmen Bedeutung verliehen. Die greifbaren Ergebnisse zu auf den ersten Blick so fernen Themen wie soziale Inklusion, Kampf gegen Armut und Isolation, berufliche Wiedereingliederung, Bürgererziehung, Ökologie und nachhaltige Entwicklung wurden wegen ihres integrativen Nutzens und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Relevanz in Luxemburg und im Ausland gelobt. Wir wagen zu sagen, dass es innovativ war.

Die LSAP (Sozialistische Partei) hat die Solidarische Ökonomie als 3. Säule des Wirtschaftsgefüges in ihr Wahlprogramm für die Parlamentswahlen 2009 aufgenommen. Es geht dann darum, ihm ebenso wie den privaten und öffentlichen Pfeilern politische und gesetzliche Legitimation zu verleihen. Die aus den Wahlen hervorgegangene Koalition CSV-LSAP (Christlich-Soziale und Sozialisten) richtet ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie ein, das dem Wirtschaftsminister unterstellt ist. Das Arbeitsministerium seinerseits kofinanziert weiterhin Integrationsarbeitsplätze, die an Unternehmen der Solidarwirtschaft vergeben werden.

Daraus entwickelte sich ein gemischtes Finanzierungsmodell aus staatlichen, kommunalen und europäischen Mitteln und Einnahmen aus der Aktivität. Das Rückgrat dieses Finanzierungsmodells basierte auf einem Netzwerk von Vereinbarungen zwischen den Beteiligten, einige finanzierten Beschäftigung, andere Ausbildung, wieder andere Entwicklung und Forschung oder die Produktionsmittel usw. Der Europäische Aktionsplan befürwortet seinerseits nur die Mobilisierung von privatem Kapital.

Die durch klar identifizierbare Verträge gebundene Netzwerkorganisation verschaffte dem Netzwerk Solidarische Ökonomie Lesbarkeit und Handlungsflexibilität. Dabei wurden Überlegungen zu einem spezifischen Status solidarischer Wirtschaftsorganisationen angestoßen. Die traditionellen Formen des Vereins, der Stiftung, des kapitalistischen Unternehmens und der Genossenschaft können nicht alle Merkmale der Organisation der Solidarwirtschaft erfüllen. Daraufhin wurde ein Satzungsentwurf mit dem Namen Vereinigung kollektiver Interessen (AIC) ausgearbeitet, dessen Ziel es war, die verschiedenen Bestrebungen des solidarischen Unternehmens in Einklang zu bringen: demokratische Führung, pluralistische Finanzierung und Ziele (nachhaltige Entwicklung, Gemeinnützigkeit sowie soziale und kulturelle Eingliederung). Kurz gesagt, ein neues soziales Objekt, das an die dritte wirtschaftliche Säule angepasst ist, weit entfernt von einer karitativen oder geschäftsorientierten Vision der Sozialwirtschaft, wie sie von der Europäischen Kommission in ihrem Aktionsplan befürwortet wird. Letzterer schweigt sich zur Notwendigkeit der Ausarbeitung eines spezifischen Statuts aus. Die Kommission erwähnt nur die Existenz spezifischer Statuten einiger Mitgliedsländer, ohne jedoch die Debatte über deren Relevanz und noch weniger über die Harmonisierung zu eröffnen. Allerdings sind wir der Ansicht, dass die Sozialwirtschaft nicht auf „die Umsetzung der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte“ (1) reduziert werden sollte, Prinzipien, die stark im Verdacht stehen, auf den kleinsten europäischen gemeinsamen Nenner abzielen.

Doch die aus den Parlamentswahlen 2013 hervorgegangene neue Regierung setzte den Erfahrungen der solidarischen Ökonomie in Luxemburg ein jähes Ende. Das ist so ziemlich das Ende der Bohnen für die Dynamik des „Think out of the box“. Die Bewegung wird auseinandergerissen und nach Interventionssektoren unterteilt. Ein Status für das Sozialunternehmen, die Societal Impact Company (SIS), ist schnell geschrieben. Vor allem wird es verwendet, um solidarische Initiativen kapitalistischer Unternehmen zu übernehmen, mit Steuerrückerstattungen als Bonus. Es wurden jedoch nur sehr wenige SIS geschaffen, was beweist, dass dieser Status nicht an die Bedürfnisse der Akteure angepasst ist und dass der fehlende Gewinn, wie man erwarten könnte, den kommerziellen Sektor nicht interessiert. Gleichzeitig wurde eine Luxemburger Union der Sozial- und Solidarwirtschaft (ULESS) unter der Ägide der Union der Luxemburger Unternehmen (UEL) gegründet. Es ist in der Tasche ! Es ist das Ende eines unabhängigen Sektors der Solidarwirtschaft.

Auf den ersten Blick preist der europäische Aktionsplan „Charity“ an, nennt sie als Beispiel, streichelt das Ehrenamt in Richtung der Haare. Vor allem zieht er eine klare und deutliche Grenze zwischen der Solidarität in der Wirtschaft, die an den Rand gedrängt werden muss, und der Marktanpassung (Kommodifizierung) des sozialen Sektors, der vor allem unter die Fuchtel der Marktwirtschaft fallen muss. Herr Schmit ist nicht innovativ, er schlägt vor, das, was er in Luxemburg experimentiert hat, auf europäischer Ebene umzusetzen.

ILES wird die Entwicklung der Sozial- und Solidarwirtschaft weiter verfolgen und bleibt ein kritischer Beobachter der politischen Entscheidungen, die wir ihr aufzuzwingen versuchen.

Abilio Machado und Romain Bieber, Mitglieder des Luxembourg Institute for Solidarity Economy (ILES)

Design: Romain Bieber  
www.iles.lu

1. Europäische Kommission, Aufbau einer Wirtschaft im Dienste der Menschen: Aktionsplan für die Sozialwirtschaft (Mitteilung vom 9. Dezember 2021)

## L'économie solidaire (ou sociale) et un plan d'action rétrograde

La Commission européenne a lancé début décembre 2021 son plan d'action pour l'économie sociale, se donnant ainsi pour objectif de « *construire une économie au service des personnes* » (1). Il s'agit là d'une belle profession de foi, bien que nous pensons que l'économie est par nature au service des êtres humains. Ce sont les déséquilibres qui créent les inégalités, à toutes les échelles d'ailleurs, et non pas le concept d'économie en soi. Donc, vouloir construire une économie dite sociale, différente et à côté de l'économie (dite dominante, véritable, légitime etc.) équivaut à accepter que la deuxième n'assume pas de responsabilité particulière vis-à-vis de la société sans laquelle elle n'aurait pourtant pas de raison d'être. Elle ne serait tout bonnement pas « *au service des personnes* ».

Nicolas Schmit, commissaire européen bien connu au Luxembourg, en assume la paternité. Son plan n'ambitionne pas moins que « *l'innovation sociale* » (1) dans le but de développer l'économie sociale et « *renforcer son pouvoir de transformation sociale et économique* » (1). Transformation économique dans quel sens ? Dans le sens de soumettre l'économie sociale aux canons de la gestion libérale ? Il n'est pas certain que cette nouvelle visée rassure les acteurs de l'économie sociale. De plus, nulle trace d'innovation dans ce plan d'action.

Pourtant, et pour rester sur l'innovation, des exemples d'expérimentations d'entreprises innovantes, de recherche académique et de décisions politiques existent depuis plus de vingt ans en Europe. Déjà en 2000, le Conseil européen proposait d'aborder le développement durable par trois piliers interconnectés (social, économique et environnemental). La notion de responsabilité vis-à-vis des générations futures devenait de fait une question politique. C'est dans ce contexte que l'économie solidaire (ES), aussi connue par endroits sous l'appellation d'économie sociale et solidaire (ESS), et qui regroupe des entités aussi variées que des entreprises citoyennes, des associations, des coopératives, des réseaux politiques alternatifs, des groupements de citoyens et des chercheurs, s'est définie comme un ensemble d'acteurs du pilier économique. Il était alors admis qu'une économie de la réciprocité, sans but lucratif et dont les investissements servent uniquement le bien commun, régie par une gouvernance citoyenne qui implique plusieurs types de parties prenantes (citoyennes et politiques), pouvait contribuer au développement durable.

Le plan d'action définit les acteurs de l'économie sociale par une série de principes tels « *la primauté des personnes et objectifs sociaux et environnementaux sur le profit, l'investissement d'une part du profit dans l'activité et une gouvernance participative ou démocratique* » (1). Ceci est assurément louable, mais il reste pratiquement muet sur la légitimation des structures et la pérennisation économique du secteur. Ce dernier serait-t-il dès lors livré au dures lois du marché ? A n'en pas douter, le secteur social est ici appréhendé comme une nébuleuse aux contours flous qu'il s'agirait de condenser dans l'idéologie de marché et comprimer dans le carcan du management libéral.

Il est admis depuis longtemps que des voies alternatives existent. Des exemples de production de biens et services collectifs et de gouvernance démocratique ont aussi existé au Luxembourg. M. Schmit est bien placé pour savoir que son plan d'action ne propose en fait rien d'innovant. Nous pensons même qu'il est symptomatique d'un rétropédalage amorcé il y a plusieurs années. Nous nous référons ici à l'essor de l'économie solidaire qui a

été particulièrement visible au Luxembourg et au-delà de ses frontières pendant une vingtaine d'années. Notamment, le réseau Objectif plein emploi a développé la production de biens et services reconnus d'intérêt public, en même temps qu'il a expérimenté une gouvernance de la réciprocité entre différentes strates de la société civile. Pour faire vivre ce modèle d'économie solidaire « à la luxembourgeoise », des associations, des citoyens-usagers, des communes, des syndicats et des ministères ont travaillé de concert. Le réseau solidaire a pu fonctionner parce qu'il a su mobiliser l'engagement d'élus locaux, de citoyens, d'entrepreneurs, d'artistes et autres acteurs locaux. Ce travail, espèce d'alchimie entre apports professionnels, bénévoles, associatifs, citoyens et politiques, a donné du sens aux investissements provenant de programmes communaux, ministériels et européens. Les résultats tangibles sur des sujets aussi distants à première vue que l'inclusion sociale, la lutte contre la pauvreté et l'isolement, la réinsertion professionnelle, l'éducation à la citoyenneté, l'écologie et le développement durable, ont été salués pour leur utilité inclusive et leur pertinence économique et sociale au Luxembourg et à l'étranger. Nous osons affirmer que cela a été innovant.

Le LSAP (parti socialiste) inscrit dans son programme électoral pour les élections législatives de 2009 l'économie solidaire comme 3<sup>e</sup> pilier du tissu économique. Il s'agit alors de lui donner une légitimité politique et statutaire au même titre que les piliers privé et public. La coalition CSV-LSAP (chrétiens-sociaux et socialistes) issue des élections instaure un Secrétariat d'Etat à l'économie solidaire auprès du Ministre de l'économie. Le Ministère du travail continue, pour sa part, à cofinancer des emplois d'insertion affectés aux entreprises de l'économie solidaire.

Un modèle de financement mixte, constitué de fonds gouvernementaux, communaux, européens et des recettes générées par l'activité, a alors émergé. L'ossature de ce modèle de financement tenait par un maillage de conventions entre les parties prenantes, les unes finançant l'emploi, d'autres la formation, d'autres encore le développement et la recherche ou les moyens de production etc. Pour sa part, le plan d'action européen ne préconise guère que la mobilisation de capitaux privés.

L'organisation en réseau, tenue par des contrats clairement identifiables procurait au réseau d'Economie solidaire de la lisibilité et de la flexibilité d'action. Dans la foulée, des réflexions sur un statut spécifique aux organisations de l'économie solidaire ont été engagées. Les formes traditionnelles que sont l'association, la fondation, l'entreprise capitaliste et la coopérative, ne peuvent satisfaire l'ensemble des caractéristiques de l'organisation d'économie solidaire. S'est alors forgé un projet de statut, appelé l'association d'intérêt collectif (AIC), dont le but était de concilier les différentes aspirations de l'entreprise solidaire : gouvernance démocratique, financement pluriel et objectifs (développement durable, utilité publique et inclusion sociale et culturelle). En somme, un objet social nouveau adapté au troisième pilier économique, loin d'une vision caritative ou orientée « business » de l'économie sociale, comme le prône la Commission européenne à travers son plan d'action. Celui-ci reste d'ailleurs muet sur la nécessité d'élaborer un statut spécifique. La Commission évoque uniquement l'existence de statuts propres à quelques pays membres, sans ouvrir pour autant le débat sur leur pertinence et encore moins sur une harmonisation. Ceci étant, nous pensons que l'économie sociale ne doit pas se résumer « à la mise en œuvre des principes du socle européen des droits sociaux » (1), principes fortement soupçonnés de viser le plus petit dénominateur commun européen.

Mais le nouveau gouvernement issu des législatives 2013 met une fin brutale à l'expérience de l'économie solidaire au Luxembourg. C'est tout bonnement la fin des haricots pour la dynamique « think out of the box ». Le mouvement est écartelé et cloisonné selon les secteurs d'intervention. Un statut pour le l'entreprise sociale, la société d'impact sociétal (SIS) est vite écrit. Il sert avant tout à la prise de possession des initiatives solidaires par des entreprises capitalistes, la ristourne fiscale en prime. Il s'est pourtant créé très peu de SIS, preuve que ce statut n'est pas adapté aux besoins des acteurs et que l'absence de lucre n'intéresse pas, on pouvait s'y attendre, le secteur marchand. En même temps, une Union luxembourgeoise de l'économie sociale et solidaire (ULESS) est créée sous l'égide de l'Union des entreprises luxembourgeoise (UEL). L'affaire est dans le sac ! C'en est fini d'un secteur de l'économie solidaire indépendant.

A première vue, le plan d'action européen fait l'éloge du « caritatif », le cite en exemple, caresse le bénévolat dans le sens du poil. Il tire surtout une frontière claire et nette entre la solidarité en économie, qu'il s'agit de marginaliser, et la marchandisation du secteur social qui doit, avant tout, tomber sous la coupe de l'économie de marché. M. Schmit n'innove pas, il propose de transposer à l'échelle européenne ce qu'il a expérimenté au Luxembourg.

ILES continuera à suivre l'évolution de l'économie sociale et solidaire et reste un observateur critique face aux décisions politiques qu'on tentera de lui imposer.

Abilio Machado et Romain Bieber, membres de l'Institut luxembourgeois de l'économie solidaire (ILES)

Dessin: Romain Bieber

[www.iles.lu](http://www.iles.lu)

1. *Commission européenne, Construire une économie au service des personnes: plan d'action pour l'économie sociale (communication du 9 décembre 2021*

## **Westen, Osten und die Ukraine, ein wirtschaftliches Spannungsfeld?**

Mit dem sich Vermehren der Menschen hat sich das Wirtschaften über die Jahrtausende hinweg sichtlich verändert. Erfindungen, der technologische Fortschritt, aber auch die Organisation dessen was wir Wirtschaften nennen, tragen dazu bei dass die Prozesse die zum Überleben der Menschen notwendig sind immer komplexer und vielschichtiger wurden. Wir nennen die Institution welche eine zum Überleben der Menschheit organisatorische Verantwortung übernehmen soll, Politik. Auch diese organisatorische Aufgabe hat sich mit der Zeit stark verändert und wir stellen fest dass wir an einem Punkt angelangt waren wo sich, grob betrachtet, zwei verschiedene Modelle des Wirtschaftens auf unserem Planeten herausgebildet hatten. Vorübergehend natürlich. Denn auch diese Modelle sind dabei ihre eindeutige Ausrichtung zu verlieren und werden sich aktuell und in Zukunft neuen und anderen Herausforderungen stellen müssen. Wir könnten sie das « Vabanquomodell » und das « Planmodell » nennen. Vor noch nicht allzu langer Zeit haben wir oder unsere direkten Vorfahren diese beiden Wirtschaftsformen noch mit Kapitalistisch und Sozialistisch umschrieben. Wir werden heute mit den neuen gegebenen geopolitischen Umständen die Begriffe « Westwirtschaft » und « Ostwirtschaft » verwenden. Nun wissen wir dass, wer die Wirtschaft steuert, auch Macht ausübt. Dies umso mehr da heute eine echte Vermischung der ökonomischen Rezepte in der Westwirtschaft wie auch in der Ostwirtschaft stattfindet. In den frühen Neunziger Jahren wurde das Kommunistische Imperium mit seiner politischen und wirtschaftlichen Methodik für tot erklärt. Die nötige Argumentation dazu lieferte der amerikanische Politikwissenschaftler, Francis Fukuyama in seinem 1992 erschienen Buch «The end of history and the last man». Wir stellen heute fest dass China eine aufkommende wirtschaftliche und politische Macht und das angeblich dahingeschiedene Russland diese These der totgesagten Ostwirtschaft und der alleinherrschenden « Liberalen Demokratie als Endstadium der Geschichte » (Fukuyama) wieder sehr heftig in Frage stellen.

Aber kommen wir kurz zurück zu der Geschichte und fragen uns was es mit diesen beiden Systemen und deren Entwicklung auf sich hat. Starten wir vielleicht mit Plato und Aristoteles. Lange vor den uns noch familiären Begriffen, die uns meistens nur noch Parteipolitisch etwas sagen, wurde schon im alten Griechenland über eine eher zu leitende Gesellschaft oder eine eher diskutierende Gesellschaft als ideale Gemeinwesenform oder Staatsform nachgedacht. Wer meint dies sei weit hergeholt der sollte sich erinnern dass der christlich-soziale Politiker Jean-Claude Juncker (er sagte auch er sei der letzte Kommunist) in mehreren Interviews erklärte dass er Politik und Staatskunst im Sinne Platos verstehe und mache. Das heisst, elitäre Führung und Leitung gewährleisten. Bei näherem Betrachten der, dem jeweiligen Camp, attestierten Begriffe kommt man dann auch erstmal ins Schliddern, besonders wenn man versucht diese Beschreibungen mit dem heutigen Szenario der Weltpolitik, mit im Hintergrund dem Ukrainekonflikt, abzugleichen.

Wir sind es vor Allem gewohnt dass das risikofreudige Westwirtschaftssystem und das Planende Ostwirtschaftssystem mit Adjektiven behaftet sind welche wir auf solche Weise verinnerlicht haben dass wir diese nicht mehr in Frage stellen. Kapitalismus reimt an erster Stelle mit Individualismus, Sozialismus mit Kollektivismus. Führen wir diese beiden Umschreibungen als Linien weiter und wenden sie auf die heutigen Weltpolitischen Gegebenheiten an, so werden wir uns mit folgenden kontradiktorischen Attributen konfrontiert sehen und feststellen dass das Schema nicht mehr so richtig funktioniert: Als Beispiele hierfür können wir folgende Begriffe zitieren: Also, Individualismus - Kollektivismus und dann Paternalismus - Kameradschaftlichkeit, Konservatismus - Progressivismus, Risiko - Geborgenheit, Elitarismus - Humanismus, Unilateral - Multilateral, Autoritär - Freiheitlich, Reaktionär - Fortschrittlich und schlussendlich würden wir sagen dass sich Demokratie und Totalitarismus als Oberbegriffe gegenüberstehen müssten. Wir stellen jedoch fest dass diese Begriffe absolut austauschbar geworden sind und eine eindeutige Zuordnung zu den jeweiligen Systemen nicht mehr möglich ist. Wer beansprucht demnach welche politischen Attribute im Westwirtschaftssystem und Ostwirtschaftssystem?

Der Punkt der zu Hinterfragen bleibt ist, wie es durch die Ausübung von wirtschaftlicher Dominanz möglich ist politisch Macht auszuüben um so seinen Einflussbereich besser unter Kontrolle zu haben oder noch auszuweiten. Wenn die politischen Entscheidungsträger, hüben wie drüben, ihre wirtschaftlichen Mechanismen einsetzen um einer dieser beiden Ziele zu erreichen und sie auf Schwierigkeiten stossen dies durchzusetzen, haben sie erst einmal innenpolitisch ein Problem. Abgesehen davon dass sie, hüben wie drüben, sehr Ungleich verteilt ist, ist die Versorgung oder die Grundversorgung der Bevölkerung erforderlich um eine Garantie für die Machterhaltung zu gewährleisten. Dies gilt aber auch für Wirtschaftskapitäne und andere Milliardäre. Wenn die

Machthaber nicht mehr auf die Unterstützung ihrer Bevölkerung oder ihrer Milliardäre zählen können, haben sie ein Problem. Aussenpolitisch kann dann der Versuch unternommen werden durch die Kreation eines Feindbildes und dessen Bekämpfung durch Gewaltanwendung, seine Position innenpolitisch wieder zu stärken. Der Name hierfür ist « Krieg ». Dieser hat also grundsätzlich auch wirtschaftliche Hintergründe welche natürlich zur Machterhaltung missbraucht werden und in erster Linie die Interessen derjenigen garantieren welche einen Mehrwert daraus ziehen können. Diese Strategien zur Machterhaltung werden dann auch sowohl vom Westen wie vom Osten angewandt. Nur der ideologische Diskurs, der bewusst seines intellektuell - reflektierten Inhaltes beraubt wird, wird auf Talkshowniveau geschraubt und taugt als Motivationskanone genauso im Westen wie im Osten. So wird es einerseits möglich Freiheit durch Totalitarität als Prozess zu argumentieren wie auf der anderen Seite dass Freiheit ein Recht auf Totalitarität darstellt. Wem was nun gerade passt ist zufällig und lässt sich bildlich an Personen wie Putin und Trump festmachen. In diesem Sinne ist die neuere Geschichte voll an Beispielen von Kriegen und Regimechange - Unterfangen welche genauso vom Westen wie vom Osten und repräsentativ von den jeweiligen Grossmächten durchgeführt worden sind. Auch wenn sie gegen internationale Regeln und Vereinbarungen verstossen haben blieben ihre Hauptdarsteller mehr oder weniger ungestraft, internationaler Gerichtshof hin oder her. Manche, wie Henry Kissinger, nachweislich ein Kriegstreiber, wurden sogar mit dem Friedensnobelpreis belohnt. Die provokante Frage ob Putin oder Trump, beide sind als Psychopathen betitelt worden, diese Auszeichnung einmal in Empfang nehmen können, sei erlaubt. Vielleicht wird es aber auch Xi Jinping sein der jetzt eine Vermittlerrolle übernehmen kann. Als dritter « Big Player » neben den USA und Russland, wäre China sicher daran interessiert sich über diesen Weg nicht nur wirtschaftlich zu profilieren sondern hätte zudem durch diese Intervention, einen psychologischen Vorteil um ihre Machtposition auszuweiten. Die NATO als verlängerter militärischer Arm der USA und als Verteidigungsorganisation des Westens würde in diesem Falle nur eine servile Rolle spielen. Sowieso wäre Europa als vierter im Bunde dieser « Championsleague » nur ein Punktlieferant, zumindest für den Osten. Um auf die Frage nach der wirtschaftlichen Dominanz zurückzukommen ist es natürlich von Bedeutung zu wissen dass die Ukraine über enorme Reserven an Rohstoffen und über eine bedeutende Agrarwirtschaft verfügt, ausserdem Transitland ist für unverzichtbare Naturprodukte und Materialien für unsere hungrige Westwirtschaft und somit ein Objekt der Begierde darstellt, auch für die Ostwirtschaft.

Edgar Morin, der französische Soziologe und Philosoph, hat in einem Interview in der Zeitung Ouest-france vom 2 März 2022 zum Krieg in der Ukraine gesagt: « Il faut penser avant de s'indigner ». Er plaidiert in diesem Interview für eine differenzierte Sicht auf diesen Konflikt und bemüht ausser dem historischen und geopolitischen Kontext auch die Gefahren der wirtschaftlichen Aspekte. Damit meint er die existente Situation sowie die zu nehmenden Entscheidungen in Bezug auf eventuelle Sanktionen gegen Russland. Vor diesem Hintergrund sieht er die Neutralität der Ukraine (Beispiel Schweiz) als gangbaren Kompromiss und als Ausweg aus der jetzigen Situation.

Ein Fazit, nach Morin, wäre dass eine dezente Versorgung der Menschen und eine damit einhergehende Vermeidung von Konfliktpotential nur garantiert werden kann wenn die Wirtschaft den Menschen wirklich dient. Als Protagonisten der Solidarwirtschaft haben wir die Losung « Wir müssen die Wirtschaft demokratisieren » verfasst. Wir sollten präziser sein und es sollte heissen « Wir müssen die Wirtschaftssysteme (man bemerke den Plural) demokratisieren ».

Romain Bieber

Präsident vom Institut Luxembourgeois de l'Economie Solidaire (ILES)

[www.iles.lu](http://www.iles.lu)



## Ouest, Est et Ukraine, une tension économique ?

Avec la prolifération des populations, l'activité économique a visiblement changé au cours des millénaires. Les inventions, le progrès technologique, mais aussi l'organisation de ce que nous appelons les économies, contribuent au fait que les processus nécessaires à la survie humaine sont devenus de plus en plus complexes et multicouches. Nous appelons politique l'institution qui doit assumer la responsabilité organisationnelle de la survie de l'humanité. Cette tâche organisationnelle a également beaucoup changé au fil du temps et nous en sommes arrivés au point où, grosso modo, deux modèles économiques différents ont émergé sur notre planète. Temporairement bien sûr. Parce que ces modèles sont également en train de perdre leur orientation claire et devront faire face à des défis nouveaux et différents maintenant et à l'avenir. On pourrait les appeler le "Modèle Vabanque" et le "Modèle Plan". Il n'y a pas si longtemps, nous ou nos ancêtres directs décrivions ces deux formes économiques comme capitaliste et socialiste. Aujourd'hui, avec les nouvelles circonstances géopolitiques données, nous utiliserons les termes « Économie de l'Ouest » et « Économie de l'Est ». Maintenant, nous savons que celui qui contrôle l'économie exerce également le pouvoir. D'autant plus qu'il y a aujourd'hui un vrai mélange des recettes économiques dans l'économie de l'Ouest comme dans l'économie de l'Est. Au début des années 1990, l'Empire communiste, avec sa méthodologie politique et économique, a été déclaré mort. Le politologue américain Francis Fukuyama a fourni l'argumentation nécessaire dans son livre de 1992 "La fin de l'histoire et le dernier homme". Aujourd'hui, nous constatons que la Chine est une puissance économique et politique émergente et que la Russie, que l'on dit morte, remet en cause avec beaucoup de véhémence cette thèse de l'économie de l'Est déclarée morte et seule au pouvoir " la démocratie libérale comme ultime scène de l'histoire " (Fukuyama). Mais revenons un instant sur l'histoire et demandons-nous en quoi consistent ces deux systèmes et leur développement. Commençons par Platon et Aristote. Bien avant les termes que nous connaissons encore et qui n'ont généralement pour nous qu'un sens en termes de politique partisane, dans la Grèce antique, on pensait déjà à une société plutôt à diriger ou à une société plus ouverte à la discussion en tant que forme idéale de communauté ou d'État. Quiconque pense qu'aujourd'hui, c'est tiré par les cheveux devrait se rappeler que le politicien chrétien-social Jean-Claude Juncker (il a également dit qu'il était le dernier communiste) a déclaré dans plusieurs interviews qu'il comprenait et pratiquait la politique et l'art de gouverner dans l'esprit de Platon. Cela signifie assurer un leadership et un leadership élitistes. Si vous regardez de plus près les termes attestés du camp respectif, vous commencez à glisser, surtout si vous essayez de comparer ces descriptions avec le scénario actuel de la politique mondiale, avec le conflit ukrainien en arrière-plan.

Surtout, nous sommes habitués à ce que le système économique occidental de prise de risque et le système économique oriental planificateur soient affligés d'adjectifs que nous avons intériorisés de telle manière que nous ne les remettons plus en question. Capitalisme rime avant tout avec individualisme, socialisme avec collectivisme. Si nous continuons ces deux paraphrases sous forme de lignes et les appliquons aux conditions politiques mondiales d'aujourd'hui, nous serons confrontés aux attributs contradictoires suivants et constaterons que le schéma ne fonctionne plus correctement : Comme exemples de cela, nous pouvons citer les termes suivants : Donc, Individualisme - collectivisme puis paternalisme - camaraderie, conservatisme - progressisme, risque - sécurité, élitisme - humanisme, unilatéral - multilatéral, autoritaire - libre, réactionnaire - progressiste et enfin on dirait que démocratie et totalitarisme doivent être opposés comme des termes génériques. Cependant, nous avons remarqué que ces termes sont devenus absolument interchangeables et qu'une affectation claire aux systèmes respectifs n'est plus possible. D'après cela, qui revendique quels attributs politiques dans le système économique occidental et dans le système économique oriental ? Reste à s'interroger sur la manière dont, par l'exercice de la domination économique, il est possible d'exercer un pouvoir politique pour mieux contrôler voire étendre sa sphère d'influence. Si les décideurs politiques, ici et là-bas, utilisent leurs mécanismes économiques pour atteindre l'un de ces deux objectifs et qu'ils rencontrent des difficultés à le faire respecter, ils ont d'abord un problème à l'intérieur. Outre le fait qu'il est très inégalement réparti, ici

et là, l'approvisionnement ou l'approvisionnement de base de la population est nécessaire pour garantir le maintien du pouvoir. Mais cela vaut aussi pour les capitaines d'industrie et autres milliardaires. Quand ceux qui sont au pouvoir ne peuvent plus compter sur le soutien de leur peuple ou de leurs milliardaires, ils ont un problème. En termes de politique étrangère, on peut alors tenter de renforcer sa position intérieure en créant une image d'ennemi et en la combattant par l'usage de la force. Le nom de ceci est " Guerre". En principe, cela a aussi des arrière-plans économiques, qui bien sûr sont détournés pour maintenir le pouvoir et garantir avant tout les intérêts de ceux qui peuvent en tirer une plus-value. Ces stratégies de maintien du pouvoir sont alors utilisées à la fois par l'Occident et l'Orient. Seul le discours idéologique, consciemment dépouillé de son contenu intellectuellement réfléchi, est foutu au niveau du talk-show et vaut comme canon à motivation en Occident comme en Orient. D'une part, il devient possible d'argumenter la liberté à travers le totalitarisme en tant que processus et d'autre part, que la liberté représente un droit au totalitarisme. Qui ce qui convient est aléatoire et peut être figurativement attaché à des gens comme Poutine et Trump. En ce sens, l'histoire récente regorge d'exemples de guerres et de changements de régime - des efforts qui ont été menés à parts égales par l'Occident et l'Orient et de manière représentative par les grandes puissances respectives. Même s'ils ont violé les règles et accords internationaux, leurs protagonistes sont restés plus ou moins impunis, juridiction internationale ou non. Certains, comme Henry Kissinger, un belliciste avéré, ont même reçu le prix Nobel de la paix. La question provocatrice de savoir si Poutine ou Trump, tous deux surnommés psychopathes, pourront recevoir ce prix est autorisée. Ce sera peut-être aussi Xi Jinping qui assumera désormais le rôle de médiateur. En tant que troisième "grand acteur" à côté des États-Unis et de la Russie, la Chine aurait certainement intérêt non seulement à se distinguer économiquement de cette manière, mais aurait également un avantage psychologique à travers cette intervention afin d'étendre sa position de puissance. Dans ce cas, l'OTAN, en tant que bras militaire étendu des États-Unis et en tant qu'organisation de défense de l'Occident, ne jouerait qu'un rôle servile. Dans tous les cas, l'Europe en tant que quatrième du championnat de cette « Ligue des champions » ne fournirait que des points, du moins pour l'Est.

Pour revenir à la question de la domination économique, il est bien sûr important de savoir que l'Ukraine possède d'énormes réserves de matières premières et une importante économie agricole, en plus d'être un pays de transit pour les produits et matériaux naturels indispensables à notre économie occidentale affamée et donc un objet de désir , aussi pour l'économie orientale.

Edgar Morin, sociologue et philosophe français, a déclaré dans une interview au journal Ouest-france le 2 mars 2022 à propos de la guerre en Ukraine : " Il faut penser avant de s'indigner ". Dans cet entretien, il plaide pour une vision différenciée de ce conflit et, outre le contexte historique et géopolitique, examine également les dangers des aspects économiques. Il entend par là la situation existante et les décisions à prendre concernant d'éventuelles sanctions contre la Russie. Dans ce contexte, il considère la neutralité de l'Ukraine (la Suisse par exemple) comme un compromis viable et une issue à la situation actuelle. Une conclusion, selon Morin, serait qu'un approvisionnement décent en personnes et l'évitement associé du potentiel de conflit ne peuvent être garantis que si l'économie sert vraiment le peuple. En tant que protagonistes de l'économie solidaire, nous avons écrit le slogan « Il faut démocratiser l'économie ». Il faudrait être plus précis et dire « Nous devons démocratiser les systèmes économiques (notez le pluriel) ».

Romain Bieber

Président de l'Institut Luxembourgeois de l'Economie Solidaire (ILES)

iles.lu

## **West, East and the Ukraine, an economic tension?**

With the proliferation of people, economic activity has changed visibly over the millennia. Inventions, technological progress, but also the organization of what we call economies, contribute to the fact that the processes necessary for human survival have become more and more complex and multi-layered. We call the institution which is to assume organizational responsibility for the survival of mankind politics. This organizational task has also changed significantly over time and we have come to the point where, roughly speaking, two different economic models have emerged on our planet. Temporarily of course. Because these models are also in the process of losing their clear orientation and will have to face new and different challenges now and in the future. We could call them the "Vabanque Model" and the "Plan Model". Not so long ago, we or our direct ancestors described these two economic forms as capitalist and socialist. Today, with the new given geopolitical circumstances, we will use the terms «West Economy» and «Eastern Economy». Now we know that who controls the economy also exercises power. All the more so because today there is a real mixing of economic recipes in the western economy as well as in the eastern economy. In the early 1990s, the Communist Empire, with its political and economic methodology, was declared dead. Francis Fukuyama provided the necessary argumentation in his 1992 book "The End of History". Today we are finding that China is an emerging economic and political power and that Russia, which is said to have died, is again very vehemently questioning this thesis of the eastern economy that has been declared dead and the sole ruling " liberal democracy as the final stage of history " (Fukuyama). But let's get back to the story for a moment and ask ourselves what these two systems and their development are all about. Let's start with Plato and Aristotle. Long before the terms we are still familiar with and usually only mean something to us in terms of party politics, we know that in ancient Greece people were already thinking about a society that was more to be led or a society that was more open to discussion as an ideal form of community or state. Anyone who thinks this is far-fetched should remember that the Christian-social politician Jean-Claude Juncker (he also said he was the last communist) stated in several interviews that he understood and practiced politics and statecraft in the spirit of Plato. This means ensuring elitist leadership and direction. If you take a closer look at the terms attested to the respective camp, you start to slip, especially if you try to compare these descriptions with the current scenario of world politics, with the Ukraine conflict in the background.

Above all, we are used to the risk-taking Western economic system and the planning Eastern economic system being afflicted with adjectives which we have internalized in such a way that we no longer question them. Capitalism rhymes primarily with individualism, socialism with collectivism. If we continue these two paraphrases as lines and apply them to today's global political conditions, we will be confronted with the following contradictory attributes and will find that the scheme no longer works properly: As examples of this we can cite the following terms: So, Individualism - collectivism and then paternalism - camaraderie, conservatism - progressivism, risk - security, elitism - humanism, unilateral - multilateral, authoritarian - free, reactionary - progressive and finally we would say that democracy and totalitarianism should be opposed as generic terms. However, we have noticed that these terms have become absolutely interchangeable and a clear assignment to the respective systems is no longer possible. According to this, who claims which political attributes in the western economic system and the eastern economic system? The point that remains to be questioned is how, through the exercise of economic dominance, it is possible to exert political power in order to better control or even expand one's sphere of influence. If the political decision-makers, here and there, use their economic mechanisms to achieve one of these two goals and they encounter difficulties in enforcing this, they initially have a problem domestically. Apart from the fact that it is very unequally distributed, here and there, the supply or the basic supply of the population is necessary to guarantee the maintenance of power. But this also applies to captains of industry and other billionaires. When those in power can no longer count on the support of their people or their billionaires, they have a problem. In terms of foreign policy, an attempt can then be

made to strengthen one's position domestically by creating an enemy image and fighting it through the use of force. The name for this is « War». In principle, this also has economic backgrounds, which of course are misused to maintain power and primarily guarantee the interests of those who can derive added value from it. These strategies for maintaining power are then used by both the West and the East. Only the ideological discourse, which is consciously robbed of its intellectually reflected content, is screwed up to talk show level and is good as a motivation cannon in the West as well as in the East. On the one hand it becomes possible to argue freedom through totalitarianism as a process and on the other hand that freedom represents a right to totalitarianism. Who what suits is random and can be figuratively attached to people like Putin and Trump. In this sense, recent history is full of examples of wars and regime change - endeavors which have been carried out equally by the West and the East and representatively by the respective great powers. Even if they broke international rules and agreements, their protagonists went more or less unpunished, international court of law or not. Some, like Henry Kissinger, a proven warmonger, have even been awarded the Nobel Peace Prize. The provocative question of whether Putin or Trump, both of whom have been dubbed psychopaths, will be able to receive this award is allowed. Perhaps it will also be Xi Jinping who is now taking on the role of mediator. As the third "big player" next to the USA and Russia, China would certainly be interested in not only distinguishing itself economically in this way, but would also have a psychological advantage through this intervention in order to expand its position of power. In this case, NATO, as the extended military arm of the USA and as the defense organization of the West, would only play a servile role. In any case, Europe as the fourth in the league of this « Champions League » would only provide points, at least for the East. Coming back to the question of economic dominance, it is of course important to know that Ukraine has enormous reserves of raw materials and a significant agricultural economy, as well as being a transit country for indispensable natural products and materials for our hungry western economy and thus an object of desire , also for the eastern economy.

Edgar Morin, the French sociologist and philosopher, said in an interview in the Ouest-france newspaper on March 2, 2022 about the war in Ukraine: " Il faut penser avant de s'indigner ". In this interview, he pleads for a differentiated view of this conflict and, in addition to the historical and geopolitical context, also examines the dangers of the economic aspects. By this he means the existing situation and the decisions to be taken in relation to possible sanctions against Russia. Against this background, he sees Ukraine's neutrality (Switzerland as an example) as a viable compromise and a way out of the current situation. A conclusion, according to Morin, would be that a decent supply of people and the associated avoidance of conflict potential can only be guaranteed if the economy really serves the people. As protagonists of the solidarity economy, we wrote the slogan « We must democratize the economy ». We should be more precise and say « We need to democratize economic systems (note the plural)».

Romain Biever

President of the Institut Luxembourgeois de l'Economie Solidaire (ILES)

[www.iles.lu](http://www.iles.lu)

## Leserbrief

Schert man aus, ist man raus.

Der Leserbrief « Luxemburger Mängeldemokratie » von Armand Clesse, erschien im Luxemburger Wort vom 29. 06. 2022 und prangert die Luxemburger Verhältnisse in puncto demokratisches Handeln an. Es stimmt dass die Demokratie, nicht nur in Luxemburg, seit jeher Höhen und Tiefen durchgemacht hat, doch sie mutiert seit einiger Zeit wieder mehr und mehr zu einer Staatsform welche mehr spaltet und ausschliesst als beteiligt. Dies gilt sowohl für Ideen wie auch für Menschen. Das lässt sich ebenso in der aktuellen Weltpolitik festmachen, denn auch hier steuern die Zwänge die zu machende Politik und nicht die Ansprüche der Bürger. Das hat dann allerdings wenig mit Demokratie zu tun. Auch im kleinen Luxemburg gilt diese Maxime des « wir haben keine andere Wahl » und lässt sich natürlich, der Übersichtlichkeit wegen, besser nachvollziehen.

Wozu brauchen wir noch ein Parlament, fragt der Autor in seinem Schreiben. Und Recht hat er. Die sogenannten Volksvertreter sitzen in der « Chamber », entweder im Mehrheitslager oder in der Opposition und wissen im voraus welches das Resultat jeglicher Abstimmung sein wird. Das Ergebnis ist sicherlich jedes Mal äusserst knapp, aber wie sagte schon Gary Lineker « am Ende gewinnen immer die Koalitionspartner ». Zumindest hier in Luxemburg ist das so. Eigeninitiative und Gestaltung sind demnach Begriffe die die Politik, oder besser die Politiker, nicht mehr sonderlich zu kennen scheinen. Man versteckt sich lieber hinter einer sogenannten gemeinsamen Linie und versucht so gut und so unauffällig wie möglich « durchzukommen ». Jedes Anecken wird vermieden, hüben wie drüben. Man ist schliesslich unter sich und wer an die Tröge will, der soll, bitte schön, seine Lektionen in Bezug auf die vorauseilende Gehorsamkeit und die selbstlose Disziplin gelernt und verinnerlicht haben. Schert man aus, ist man raus. So einfach ist das. Ein Faktum also, das wir Politik nennen. So gesehen, muss man die Rolle der Abgeordneten der Piratenpartei ja wirklich als eine willkommene und erfrischende Abwechslung erleben. Ohne dass sie eine erkennbare und allumfassende gesellschaftspolitische Zukunftsvision zu bieten haben, bringen sie es fertig durch punktuelle Interventionen und einfache Fragen die Honorationen in Wallung zu bringen. Aber, wie lange dürfen sie das tun? Der Wähler sollte das entscheiden. Aber kann er hier seine « Vitalität » im demokratischen Gefüge, wie Armand Clesse es nennt, wiedergewinnen. Oder ist es letztendlich nicht so, dass er sich damit für ein flüchtiges Scheinbild eines Pausencloowns entscheidet der wie ein Luftballon zu platzen droht und er als Wähler leer ausgeht. Doch egal wie lange man die Piraten gewähren lässt, die Zeit ohne sie wäre langweiliger.

Fazit ist aber, dass wenn man die Regeln der « Nomenklatura » verletzt, man sehr schnell in Luxemburg ins Aus katapultiert wird. Und das zunehmend mit groben Methoden. Beispiele dürften dem Leser einfallen. Externe wie auch interne Kritik an der linientreuen und einheitlichen Politik wird somit als eine Art Majestätsbeleidigung empfunden und gerne mit Aussortierung und Rufschädigung bestraft. Dies Alles geschieht dann zum Wohle der Mehrheit. Der Mehrheit also, welche die Entscheidungsträger demokratisch dafür legitimiert hat, weil auch sie sich ausgerechnet haben ein paar Krümel vom Kuchen abzubekommen. Auf der Strecke bleibt alternatives Handeln, weil es ganz einfach keinen Platz dafür gibt.

Romain Bieber

Präsident des Institut Luxembourgeois de l'Economie Solidaire (ILES)

[www.iles.lu](http://www.iles.lu)

## **2000-2013, die Zeit der sozio-ökologischen Transformation in Luxemburg. Kommentar zur Studie: Caractériser les dynamiques de l'ESS au Luxembourg.**

Immer öfter werden die verschiedensten Stimmen laut die unser Wirtschaftssystem für sehr viele Missstände auf der Welt verantwortlich machen. Auch in dieser Rubrik « Analyse und Meinung ». Zwei Beispiele: Am 21/22 Mai 2022 schrieben Markus Tilling und Frédéric Meis von Greenpeace « Pensons ensemble un monde pacifique, plus juste , plus sain, plus vert en transformant d'abord notre système économique.. ». Am 3/4 September 2022 schrieb der ehemalige CSV-Abgeordnete Marcel Oberweis, vornehmlich bezugnehmend auf das generelle Elend in den sogenannten Drittweltländern, dass man um diesem komplexen Übel entgegenzuwirken « ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaftssystem entwickeln muss ». Wenn unser Wirtschaftssystem von solch diversen Seiten unisono als kausaler Grund für ein nicht Zustandekommen unseres friedlichen und zufriedenen Zusammenlebens, sowie für eine nicht zu realisierende lebenswerte Zukunftsgestaltung erkannt wird, dann sollten wir diese Erkenntnis sehr ernst nehmen und versuchen den Hebel auch hier anzusetzen.

Seit den neunziger Jahren war « Démocratiser l'économie » der Slogan der weltweiten Bewegung der Economie solidaire, in Luxemburg hauptsächlich verkörpert durch das Objectif Plein Emploi (OPE). Es war eine Zeit des Aufbruchs und der kühnen Versuche diese Ambition auch zu verwirklichen. Hierzulande zogen damals viele Interessierte an einem Strang, das waren unter Anderen, Politiker aller Couleur, auf nationalem sowie auf lokalem Plan, das waren sehr viele Freiwillige, das waren Akteure aus Vereinigungen, das waren Leute aus der Privatwirtschaft, das waren Wissenschaftler und Institute wie die Unilux, Tudor oder auch der Statec und Menschen welche weniger Glück im Leben gehabt hatten. Es war besonders die Zeit zwischen 2000 und 2013 in der diese Dynamik mit Schwung in unsere Ordnung hineinwirbelte. Es ging um nicht mehr und nicht weniger als um eine Neugestaltung der Wirtschaftsordnung die bis dahin dual ausgerichtet war. Auf der einen Seite die profitorientierte Privatwirtschaft und auf der anderen, der Staat und die der Allgemeinheit verpflichtete Volkswirtschaft. Durch die Solidarwirtschaft sollte eine dritte Dimension hinzukommen, eine Wirtschaft die auf Gegenseitigkeit beruht und in der nicht der Profit und nicht die Verteilung im Mittelpunkt steht sondern die Fähigkeit der Menschen ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen und Lösungen zu finden die gegenwärtige Situation zu meistern, wie auch so zu handeln dass Zukunftsfragen eine lebenswerte Perspektive als Antwort bieten können.

« Nous voulons donner à l'économie solidaire un cadre juridique par l'introduction d'une association d'intérêt collectif. Cette nouvelle forme juridique permettra de considérer l'économie solidaire comme troisième pilier de notre économie ». Dies ist ein Auszug aus der Regierungserklärung von Jean-Claude Juncker und so stand es auch im Koalitionsabkommen der damaligen Regierung von CSV und LSAP im Jahre 2009. Das Jahr 2013 bleibt den Luxemburgern durch die vorgezogenen Wahlen in Erinnerung. Die CSV/LSAP Regierung musste abdanken und die neue Regierung setzte sich damals aus drei Partner zusammen: der DP, der LSAP und erstmals den Grünen. Es war das Ende des Projektes « Solidarwirtschaft als Dritter Wirtschaftspfeiler ». Ein Zeichen dafür war dass das Staatssekretariat im Wirtschaftsministerium verschwand und das Portefeuille Solidarwirtschaft ins Arbeits- und Beschäftigungsministerium integriert wurde. Minister Schmit von der LSAP übernahm und stoppte die vielversprechende Entwicklung hin zu einer Demokratisierung der Wirtschaft und schwenkte total auf den Kurs der von der Europäischen Union propagierten Strategie des « social business » ein. Ein Konzept das im besten Fall die Akteure des social business an die Peripherie des Privatsektors stellt und die Protagonisten der Sozial- und Solidarwirtschaft (SSW) zu reinen Versorgungsstrukturen macht. Diese Vorgehensweise wurde auch in keinster Weise von seinen Nachfolgern im Arbeits- und Beschäftigungsministerium in Frage gestellt. Im Gegenteil, die zwei LSAP Minister Dan Kersch und Georges Engel schienen in ihrem Wirken überhaupt nichts mit der Sozial- und Solidarwirtschaft zu tun zu haben, denn so wenig haben sie sich öffentlich dazu geäußert. In diesem Kontext wollte das Institut Luxembourgeois de l'économie solidaire (ILES) wissen wo die SSW heute in Luxemburg steht und welche Ambitionen mit ihrer Entwicklung verbunden werden. Gemeinsam mit Apex einem Forschungsinstitut aus Paris wurde dies in einer im Mai 2022 veröffentlichten Studie versucht herauszufinden. Unter anderem bestätigt die Studie in einer zentralen Feststellung eine erste Periode der Dynamik (2000-2013) hin zu einer Institutionalisierung der Solidarwirtschaft und dann in einer zweiten Phase (2013 bis heute) ein

Bevorzugen des Konzeptes des social business ohne dessen Rolle in sozialen, ökologischen, politischen oder demokratischen Aspekten zu hinterfragen. Aber kommen wir auf die erste Periode zurück und unter Berufung auf die Studie (Einsehbar auf [www.iles.lu](http://www.iles.lu)) können wir anhand von Beispielen aufzeigen welche fortschrittlichen Konzepte die Solidarwirtschaft während dieser Zeit, nicht nur gefordert, sondern auch in die Realität umgesetzt hat.

Stichwort: Rechtliche Rahmenbedingungen. In Sachen Arbeitsrecht wurde mit Minister François Bildgen Abschied genommen von den sogenannten « Massnahmen » wie die Division d'auxiliaires temporaires (DAT) und es wurde den Vereinigungen der Solidarwirtschaft erlaubt reguläre, befristete Arbeitsverträge mit allen Mitarbeitern abzuschliessen. In diesem Kontext sei bemerkt dass in demselben Zusammenhang später der RMG ohne grossen Erfolg in einen Revis, umgewandelt wurde, wo man doch die Diskussion in Richtung Bürgergeld hätte leiten können. Mit dem damaligen Bautenminister Claude Wiseler wurden zum ersten Mal soziale und ökologische Kriterien in den öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt und der niedrigste Preis war nicht mehr exklusiv ausschlaggebend. Unter dem Impuls des damaligen LSAP Generalsekretärs Romain Schneider wurde letzten Endes ein Staatssekretariat der Solidarwirtschaft im Wirtschaftsministerium Wirklichkeit.

Stichwort: Klima, Ökologie und sanfte Mobilität. Viele Renaturierungsprojekte (z.B.: Natura 2000 Alzette, Trockenmauern an der Mosel,..usw) konnten durch die Partizipation der solidarwirtschaftlichen Vereinigungen in Angriff genommen werden und diese entwickelten ein richtig solides Know-How auf diesem Gebiet. Urban agriculture/gardening-Projekte wurden gestartet und so wurden die ersten Gemeinschaftsgärten Realität, dies in Zusammenarbeit mit anderen wie dem Coin de Terre et du Foyer (CTF) und der Fédération des Horticulteurs mit denen eine Konvention über ein friedliches Miteinander unterzeichnet wurde. Längst vergessene einheimische Pflanzenarten wurden wieder gesät, ..usw. Das erste kommunale Leihfahrradsystem (Velok) wurde in Esch eingesetzt, der Bummelbus begann im Norden des Landes zu helfen den Verkehr zu beruhigen.

Stichwort: Soziales. Menschen konnten durch ihre Tätigkeit und die Art der Arbeit die sie bei den verschiedenen Trägern der Solidarwirtschaft leisteten wieder einen Sinn in Ihrer Arbeit finden. Das Pflegenetzwerk HELP zum Beispiel ist in der Solidarwirtschaft geboren worden. Strukturen im Bereich der Kinderbetreuung, der intergenerationellen Projekte sowie der Services de proximité konnten ausgebaut werden.

Stichwort: Digitalisierung. Die ersten Internetstufen in Luxemburg waren solidarwirtschaftliche Projekte und halfen in erster Linie den Internetgraben in unserer Gesellschaft zu vermeiden und sind jetzt mit Lernangeboten ein wichtiger Garant dafür dass viele Menschen sich in dieser neuen digitalen Umgebung zurechtfinden können.

Stichwort: Anerkennung. Mehr als 60 Kommunen hierzulande, also über die Hälfte, hatten sich mit der Unterzeichnung einer Konvention zu den Prinzipien der Solidarwirtschaft bekannt. Luxemburg war während dieser Zeit mit Brasilien das einzige Land welche die Solidarwirtschaft institutionalisiert hatte und das Luxemburger Modell wurde weltweit diskutiert. So war es möglich den Weltkongress der Solidarwirtschaft im Jahre 2009 in Luxemburg stattfinden zu lassen (über 800 Teilnehmer aus der ganzen Welt) und die jährlichen « Rencontres inter-universitaires de l'économie sociale et solidaire (RIUESS) den wichtigsten Forscherkongress überhaupt im Jahre 2010 an der Luxemburger Universität auszurichten.

Alles das, und noch vieles mehr, war möglich weil viele verschiedene Interessengruppen zusammen eine Sinnfrage beantworten konnten. Wie mache ich das System in dem ich lebe menschlicher und werde eins mit meiner Umwelt? Dies galt auch für die Finanzierung dieses globalen Projektes, es war eine Mischfinanzierung in der sich auf nationalem Plan alle einbrachten die etwas zur Sache beitragen konnten. Die Studie hat auch herausgearbeitet dass es auch heute noch vieler dieser Projekte im Sinne der Solidarwirtschaft gibt. Sie sind aktiv in Bereichen wie der Transition, der Lokalwährung, des ökologischen Bauens, des intergenerationellen Wohnens, der (Volks)Bildung, des Klimaaktivismus sowie den bereits hier beschriebenen Projekten. Jetzt ist es an der Politik diese Dynamik neu aufleben zu lassen oder sie zu begraben. Sie ist gefordert all jenen Projekten welche heute ein Schattendasein fristen, eine Bühne zu geben. Sie ist gefordert die experimentierfreudigkeit der jungen Leuten zu unterstützen, denn sie sind unsere Zukunft.

Romain Bieber

Präsident des Institut luxembourgeois d'économie solidaire ILES

## **2000-2013, la période de transformation socio-écologique au Luxembourg. Commentaire sur l'étude : Caractériser les dynamiques de l'ESS au Luxembourg.**

Les voix les plus diverses s'élèvent de plus en plus souvent, blâmant notre système économique pour de nombreux griefs dans le monde. Dans le quotidien « Luxemburger Wort » les 21/22 mai 2022, Markus Tilling et Frédéric Meis de Greenpeace écrivaient "Pensons ensemble un monde pacifique, plus juste, plus sain, plus vert en transformant d'abord notre système économique.. ". Les 3/4 septembre 2022, l'ancien député du Parti social-chrétien (CSV) Marcel Oberweis écrivait, se référant principalement à la misère générale dans les pays dits du tiers-monde, que pour contrer ce mal complexe "il faut développer un système économique durable et équitable" . Si notre système économique est unanimement reconnu par des parties aussi diverses comme la raison causale pour laquelle notre coexistence pacifique et satisfaite ne peut pas se réaliser, ainsi que pour un avenir qui vaut la peine d'être vécu et qui ne peut être réalisé, alors nous devrions prendre ce fait très au sérieux et essayer d'y mettre le levier.

Depuis les années 1990, " Démocratiser l'économie " est le slogan du mouvement mondial de l'Economie solidaire, incarné au Luxembourg principalement par l'Objectif Plein Emploi (OPE). C'était une époque de nouveaux départs et de tentatives audacieuses pour réaliser cette ambition. A cette époque, beaucoup de personnes intéressées dans ce pays se sont regroupées, entre autres, il y avait des politiques de tous bords, au niveau national et local, il y avait beaucoup de bénévoles, il y avait des acteurs associatifs, il y avait des gens du secteur privé, il y avait des scientifiques et des instituts comme l'Université du Luxembourg, le Centre de recherche Henri Tudor ou le Statec et des gens qui avaient eu moins de chance dans la vie. C'est notamment la période entre 2000 et 2013 où cette dynamique est entrée avec virulence dans notre système bien organisé. Il s'agissait ni plus ni moins d'une réorganisation de l'ordre économique, jusque-là bidirectionnel. D'une part le secteur privé à but lucratif et d'autre part l'Etat et l'économie nationale de redistribution. L'économie solidaire devrait ajouter une troisième dimension, une économie basée sur la réciprocité et dans laquelle l'accent n'est pas mis sur le profit ou la redistribution, mais sur la capacité des personnes à prendre leur destin en main et de trouver des solutions pour maîtriser la situation actuelle. Cela veut dire, pouvoir agir de manière à ce que les questions de notre temps sur l'avenir puissent trouver une perspective vivable comme réponse.

« Nous voulons donner à l'économie solidaire un cadre juridique par l'introduction d'une association d'intérêt collectif. Cette nouvelle forme juridique permettra de considérer l'économie solidaire comme troisième pilier de notre économie ». C'est un extrait de la déclaration gouvernementale de Jean-Claude Juncker et c'était inscrit dans l'accord de coalition du gouvernement de l'époque du CSV et du LSAP (Parti Socialiste) en 2009. Les Luxembourgeois se souviennent de l'année 2013 à cause des élections anticipées qui ont été provoquées. Le gouvernement CSV/LSAP a dû abdiquer et le nouveau gouvernement était composé de trois partenaires : le DP (Libéraux), le LSAP et, pour la première fois, les Verts. C'était la fin du projet « L'économie solidaire comme troisième pilier économique ». Signe en est la disparition du secrétariat d'Etat au ministère de l'Économie et intégration du portefeuille de l'économie solidaire dans le Ministère du Travail et de l'Emploi. Le Ministre du Travail, Schmit du LSAP, a pris le relais et a stoppé l'évolution prometteuse vers la démocratisation de l'économie, il a orienté la nouvelle doctrine dans le sens de la stratégie du « social business » propagée par l'Union Européenne. Un concept qui, dans le meilleur des cas, place les acteurs du social business à la périphérie du secteur privé et fait des protagonistes de l'économie sociale et solidaire (ESS) de pures structures à caractère caritative. Cette approche n'a nullement été remise en cause par ses successeurs au ministère du Travail et de l'Emploi. Au contraire, les deux ministres successeurs du LSAP, Dan Kersch et Georges Engel, semblaient n'avoir rien à voir avec l'économie sociale et solidaire, chose faite, en évitant tout simplement toutes déclarations publiques à ce sujet. Dans ce contexte, l'Institut Luxembourgeois de l'économie solidaire (ILES) a souhaité



savoir où en est aujourd'hui l'ESS au Luxembourg et quelles ambitions sont associées à son développement. En collaboration avec Apex, un institut de recherche parisien, on a tenté de le savoir en réalisant une étude publiée en mai 2022. Entre autres, l'étude confirme dans un constat central une première période de dynamisme (2000-2013) vers une institutionnalisation de l'économie solidaire puis dans une seconde phase (2013 à ce jour) une préférence pour le concept d'entreprise sociale sans prendre en compte son rôle dans les aspects sociaux, écologiques, politiques ou démocratiques. Mais revenons à la première période et en nous référant à l'étude (disponible sur [www.iles.lu](http://www.iles.lu)) nous pouvons montrer par des exemples quels concepts progressistes l'économie solidaire a non seulement revendiqués mais aussi mis en œuvre durant cette période.

Mot clé : cadre juridique. Sur le plan du droit du travail, le ministre François Bildgen a mis fin aux soi-disant "mesures" telles que la Division d'auxiliaires temporaires (DAT) et les associations d'économie solidaire ont été autorisées à conclure des contrats de travail réguliers à durée déterminée avec tous les salariés. Dans ce contexte, il convient de noter que dans le même contexte, le RMG (Revenu minimum garanti) a ensuite été transformé sans grand succès en REVIS (Revenu d'inclusion sociale), alors que la discussion aurait pu être orientée vers le revenu citoyen. Avec le ministre des Travaux publics de l'époque, Claude Wiseler, les critères sociaux et écologiques sont pour la première fois pris en compte dans les appels d'offres publics et le prix le plus bas n'est plus exclusivement déterminant. Sous l'impulsion de Romain Schneider, alors secrétaire général du LSAP, un secrétariat d'État à l'économie solidaire au sein du ministère de l'Économie est enfin devenu réalité.

Mots clés : climat, écologie et mobilité douce. De nombreux projets de renaturation (ex : Natura 2000 Alzette, murs en pierres sèches sur la Moselle, etc.) ont pu être abordés grâce à la participation des associations d'économie solidaire, qui ont d'ailleurs développé un savoir-faire vraiment solide dans ce domaine. Des projets d'agriculture/jardinage urbains sont lancés et les premiers jardins communautaires deviennent réalité, ceci, en collaboration avec d'autres comme le Coin de Terre et du Foyer (CTF) et la Fédération des Horticulteurs avec qui une convention de cohabitation pacifique est signée. Des espèces de plantes indigènes oubliées depuis longtemps ont été semées à nouveau, ..etc. Le premier système gratuit municipal de location de vélos (Velok) a été mis en place à Esch, et le bus ambulant pour personnes nécessiteux a commencé à calmer la circulation dans le nord du pays.

Mot clé : sociale. Les personnes salariées ont pu retrouver un sens dans leur travail ceci à travers les activités qu'elles ont effectuées pour les différents porteurs de l'économie solidaire. Le réseau de soins HELP, par exemple, est né dans l'économie solidaire. Les structures dans le domaine de la garde d'enfants, des projets intergénérationnels et des services de proximité ont pu être élargies.

Mot clé : numérisation. Les premières structures donnant accès à Internet au Luxembourg étaient des projets solidaires. Ils ont surtout permis d'éviter le gouffre Internet dans notre société. De plus elles sont aujourd'hui des opportunités d'apprentissage pour de nombreuses personnes voulant trouver leur chemin dans ce nouvel environnement numérique.

Mot clé : reconnaissance. Plus de 60 communes de ce pays, soit plus de la moitié, avaient signé une convention sur les principes de l'économie solidaire. A cette époque, le Luxembourg était le seul pays avec le Brésil à avoir institutionnalisé l'économie solidaire et le modèle luxembourgeois était discuté dans le monde entier. Il a ainsi été possible de tenir le Congrès Mondial de l'Économie Solidaire à Luxembourg en 2009 (plus de 800 participants du monde entier) et les Rencontres inter-universitaires annuelles de l'économie sociale et solidaire (RIUESS) en 2010, le plus important congrès des chercheurs de l'ESS avec la participation de l'Université du Luxembourg. Tout cela et bien plus encore a été possible parce que de nombreux groupes d'intérêts, de parties-prenantes, ont pu répondre ensemble à une question requérant du sens. Comment puis-je humaniser le système dans lequel je vis et devenir un avec mon environnement ? Cela valait aussi pour le financement de ce projet global, c'était un financement mixte au plan national dans lequel tous ceux qui pouvaient apporter quelque chose à la cause, contribuaient. L'étude a également montré que ces projets caractéristiques de l'économie solidaire sont aujourd'hui encore nombreux. Ils sont actifs dans des domaines tels que la transition, la monnaie locale, la construction écologique, le logement

intergénérationnel, l'éducation (populaire), l'activisme climatique et les projets déjà décrits ici. C'est maintenant au politique de raviver cette dynamique ou de l'enterrer. Elle est mise au défi de donner une scène à tous ces projets qui mènent aujourd'hui une existence ténébreuse. Elle est tenue d'accompagner la volonté d'expérimentation des jeunes, car ils sont notre avenir.

Romain Biever

Président de l'Institut luxembourgeois d'économie solidaire ILES

## **2000-2013, die Zeit der sozio-ökologischen Transformation in Luxemburg. Kommentar zur Studie: Caractériser les dynamiques de l'ESS au Luxembourg.**

Immer öfter werden die verschiedensten Stimmen laut die unser Wirtschaftssystem für sehr viele Missstände auf der Welt verantwortlich machen. Auch in dieser Rubrik « Analyse und Meinung ». Zwei Beispiele: Am 21/22 Mai 2022 schrieben Markus Tilling und Frédéric Meis von Greenpeace « Pensons ensemble un monde pacifique, plus juste , plus sain, plus vert en transformant d'abord notre système économique.. ». Am 3/4 September 2022 schrieb der ehemalige CSV-Abgeordnete Marcel Oberweis, vornehmlich bezugnehmend auf das generelle Elend in den sogenannten Drittweltländern, dass man um diesem komplexen Übel entgegenzuwirken « ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaftssystem entwickeln muss ». Wenn unser Wirtschaftssystem von solch diversen Seiten unisono als kausaler Grund für ein nicht Zustandekommen unseres friedlichen und zufriedenen Zusammenlebens, sowie für eine nicht zu realisierende lebenswerte Zukunftsgestaltung erkannt wird, dann sollten wir diese Erkenntnis sehr ernst nehmen und versuchen den Hebel auch hier anzusetzen.

Seit den neunziger Jahren war « Démocratiser l'économie » der Slogan der weltweiten Bewegung der Economie solidaire, in Luxemburg hauptsächlich verkörpert durch das Objectif Plein Emploi (OPE). Es war eine Zeit des Aufbruchs und der kühnen Versuche diese Ambition auch zu verwirklichen. Hierzulande zogen damals viele Interessierte an einem Strang, das waren unter Anderen, Politiker aller Couleur, auf nationalem sowie auf lokalem Plan, das waren sehr viele Freiwillige, das waren Akteure aus Vereinigungen, das waren Leute aus der Privatwirtschaft, das waren Wissenschaftler und Institute wie die Unilux, Tudor oder auch der Statec und Menschen welche weniger Glück im Leben gehabt hatten. Es war besonders die Zeit zwischen 2000 und 2013 in der diese Dynamik mit Schwung in unsere Ordnung hineinwirbelte. Es ging um nicht mehr und nicht weniger als um eine Neugestaltung der Wirtschaftsordnung die bis dahin dual ausgerichtet war. Auf der einen Seite die profitorientierte Privatwirtschaft und auf der anderen, der Staat und die der Allgemeinheit verpflichtete Volkswirtschaft. Durch die Solidarwirtschaft sollte eine dritte Dimension hinzukommen, eine Wirtschaft die auf Gegenseitigkeit beruht und in der nicht der Profit und nicht die Verteilung im Mittelpunkt steht sondern die Fähigkeit der Menschen ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen und Lösungen zu finden die gegenwärtige Situation zu meistern, wie auch so zu handeln dass Zukunftsfragen eine lebenswerte Perspektive als Antwort bieten können.

« Nous voulons donner à l'économie solidaire un cadre juridique par l'introduction d'une association d'intérêt collectif. Cette nouvelle forme juridique permettra de considérer l'économie solidaire comme troisième pilier de notre économie ». Dies ist ein Auszug aus der Regierungserklärung von Jean-Claude Juncker und so stand es auch im Koalitionsabkommen der damaligen Regierung von CSV und LSAP im Jahre 2009. Das Jahr 2013 bleibt den Luxemburgern durch die vorgezogenen Wahlen in Erinnerung. Die CSV/LSAP Regierung musste abdanken und die neue Regierung setzte sich damals aus drei Partner zusammen: der DP, der LSAP und erstmals den Grünen. Es war das Ende des Projektes « Solidarwirtschaft als Dritter Wirtschaftspfeiler ». Ein Zeichen dafür war dass das Staatssekretariat im Wirtschaftsministerium verschwand und das Portefeuille Solidarwirtschaft ins Arbeits- und Beschäftigungsministerium integriert wurde. Minister Schmit von der LSAP übernahm und stoppte die vielversprechende Entwicklung hin zu einer Demokratisierung der Wirtschaft und schwenkte total auf den Kurs der von der Europäischen Union propagierten Strategie des « social business » ein. Ein Konzept das im besten Fall die Akteure des social business an die Peripherie des Privatsektors stellt und die Protagonisten der Sozial- und Solidarwirtschaft (SSW) zu reinen Versorgungsstrukturen macht. Diese Vorgehensweise wurde auch in keinster Weise von seinen Nachfolgern im Arbeits- und Beschäftigungsministerium in Frage gestellt. Im Gegenteil, die zwei LSAP Minister Dan Kersch und Georges Engel schienen in ihrem Wirken überhaupt nichts mit der Sozial- und Solidarwirtschaft zu tun zu haben, denn so wenig haben sie sich öffentlich dazu geäußert. In diesem Kontext wollte das Institut Luxembourgeois de l'économie solidaire (ILES) wissen wo die SSW heute in Luxemburg steht und welche Ambitionen mit ihrer Entwicklung verbunden werden. Gemeinsam mit Apex einem Forschungsinstitut aus Paris wurde dies in einer im Mai 2022 veröffentlichten Studie versucht herauszufinden. Unter anderem bestätigt die Studie in einer zentralen Feststellung eine erste Periode der Dynamik (2000-2013) hin zu einer Institutionalisierung der Solidarwirtschaft und dann in einer zweiten Phase (2013 bis heute) ein

Bevorzugen des Konzeptes des social business ohne dessen Rolle in sozialen, ökologischen, politischen oder demokratischen Aspekten zu hinterfragen. Aber kommen wir auf die erste Periode zurück und unter Berufung auf die Studie (Einsehbar auf [www.iles.lu](http://www.iles.lu)) können wir anhand von Beispielen aufzeigen welche fortschrittlichen Konzepte die Solidarwirtschaft während dieser Zeit, nicht nur gefordert, sondern auch in die Realität umgesetzt hat.

Stichwort: Rechtliche Rahmenbedingungen. In Sachen Arbeitsrecht wurde mit Minister François Bildgen Abschied genommen von den sogenannten « Massnahmen » wie die Division d'auxiliaires temporaires (DAT) und es wurde den Vereinigungen der Solidarwirtschaft erlaubt reguläre, befristete Arbeitsverträge mit allen Mitarbeitern abzuschliessen. In diesem Kontext sei bemerkt dass in demselben Zusammenhang später der RMG ohne grossen Erfolg in einen Revis, umgewandelt wurde, wo man doch die Diskussion in Richtung Bürgergeld hätte leiten können. Mit dem damaligen Bautenminister Claude Wiseler wurden zum ersten Mal soziale und ökologische Kriterien in den öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt und der niedrigste Preis war nicht mehr exklusiv ausschlaggebend. Unter dem Impuls des damaligen LSAP Generalsekretärs Romain Schneider wurde letzten Endes ein Staatssekretariat der Solidarwirtschaft im Wirtschaftsministerium Wirklichkeit.

Stichwort: Klima, Ökologie und sanfte Mobilität. Viele Renaturierungsprojekte (z.B.: Natura 2000 Alzette, Trockenmauern an der Mosel,..usw) konnten durch die Partizipation der solidarwirtschaftlichen Vereinigungen in Angriff genommen werden und diese entwickelten ein richtig solides Know-How auf diesem Gebiet. Urban agriculture/gardening-Projekte wurden gestartet und so wurden die ersten Gemeinschaftsgärten Realität, dies in Zusammenarbeit mit anderen wie dem Coin de Terre et du Foyer (CTF) und der Fédération des Horticulteurs mit denen eine Konvention über ein friedliches Miteinander unterzeichnet wurde. Längst vergessene einheimische Pflanzenarten wurden wieder gesät, ..usw. Das erste kommunale Leihfahrradsystem (Velok) wurde in Esch eingesetzt, der Bummelbus begann im Norden des Landes zu helfen den Verkehr zu beruhigen.

Stichwort: Soziales. Menschen konnten durch ihre Tätigkeit und die Art der Arbeit die sie bei den verschiedenen Trägern der Solidarwirtschaft leisteten wieder einen Sinn in Ihrer Arbeit finden. Das Pflegenetzwerk HELP zum Beispiel ist in der Solidarwirtschaft geboren worden. Strukturen im Bereich der Kinderbetreuung, der intergenerationellen Projekte sowie der Services de proximité konnten ausgebaut werden.

Stichwort: Digitalisierung. Die ersten Internetstufen in Luxemburg waren solidarwirtschaftliche Projekte und halfen in erster Linie den Internetgraben in unserer Gesellschaft zu vermeiden und sind jetzt mit Lernangeboten ein wichtiger Garant dafür dass viele Menschen sich in dieser neuen digitalen Umgebung zurechtfinden können.

Stichwort: Anerkennung. Mehr als 60 Kommunen hierzulande, also über die Hälfte, hatten sich mit der Unterzeichnung einer Konvention zu den Prinzipien der Solidarwirtschaft bekannt. Luxemburg war während dieser Zeit mit Brasilien das einzige Land welche die Solidarwirtschaft institutionalisiert hatte und das Luxemburger Modell wurde weltweit diskutiert. So war es möglich den Weltkongress der Solidarwirtschaft im Jahre 2009 in Luxemburg stattfinden zu lassen (über 800 Teilnehmer aus der ganzen Welt) und die jährlichen « Rencontres inter-universitaires de l'économie sociale et solidaire (RIUESS) den wichtigsten Forscherkongress überhaupt im Jahre 2010 an der Luxemburger Universität auszurichten.

Alles das, und noch vieles mehr, war möglich weil viele verschiedene Interessengruppen zusammen eine Sinnfrage beantworten konnten. Wie mache ich das System in dem ich lebe menschlicher und werde eins mit meiner Umwelt? Dies galt auch für die Finanzierung dieses globalen Projektes, es war eine Mischfinanzierung in der sich auf nationalem Plan alle einbrachten die etwas zur Sache beitragen konnten. Die Studie hat auch herausgearbeitet dass es auch heute noch vieler dieser Projekte im Sinne der Solidarwirtschaft gibt. Sie sind aktiv in Bereichen wie der Transition, der Lokalwährung, des ökologischen Bauens, des intergenerationellen Wohnens, der (Volks)Bildung, des Klimaaktivismus sowie den bereits hier beschriebenen Projekten. Jetzt ist es an der Politik diese Dynamik neu aufleben zu lassen oder sie zu begraben. Sie ist gefordert all jenen Projekten welche heute ein Schattendasein fristen, eine Bühne zu geben. Sie ist gefordert die experimentierfreudigkeit der jungen Leuten zu unterstützen, denn sie sind unsere Zukunft.

Romain Bieber

Präsident des Institut luxembourgeois d'économie solidaire ILES

## **2000-2013, la période de transformation socio-écologique au Luxembourg. Commentaire sur l'étude : Caractériser les dynamiques de l'ESS au Luxembourg.**

Les voix les plus diverses s'élèvent de plus en plus souvent, blâmant notre système économique pour de nombreux griefs dans le monde. Dans le quotidien « Luxemburger Wort » les 21/22 mai 2022, Markus Tilling et Frédéric Meis de Greenpeace écrivaient "Pensons ensemble un monde pacifique, plus juste, plus sain, plus vert en transformant d'abord notre système économique.. ". Les 3/4 septembre 2022, l'ancien député du Parti social-chrétien (CSV) Marcel Oberweis écrivait, se référant principalement à la misère générale dans les pays dits du tiers-monde, que pour contrer ce mal complexe "il faut développer un système économique durable et équitable" . Si notre système économique est unanimement reconnu par des parties aussi diverses comme la raison causale pour laquelle notre coexistence pacifique et satisfaite ne peut pas se réaliser, ainsi que pour un avenir qui vaut la peine d'être vécu et qui ne peut être réalisé, alors nous devrions prendre ce fait très au sérieux et essayer d'y mettre le levier.

Depuis les années 1990, " Démocratiser l'économie " est le slogan du mouvement mondial de l'Economie solidaire, incarné au Luxembourg principalement par l'Objectif Plein Emploi (OPE). C'était une époque de nouveaux départs et de tentatives audacieuses pour réaliser cette ambition. A cette époque, beaucoup de personnes intéressées dans ce pays se sont regroupées, entre autres, il y avait des politiques de tous bords, au niveau national et local, il y avait beaucoup de bénévoles, il y avait des acteurs associatifs, il y avait des gens du secteur privé, il y avait des scientifiques et des instituts comme l'Université du Luxembourg, le Centre de recherche Henri Tudor ou le Statec et des gens qui avaient eu moins de chance dans la vie. C'est notamment la période entre 2000 et 2013 où cette dynamique est entrée avec virulence dans notre système bien organisé. Il s'agissait ni plus ni moins d'une réorganisation de l'ordre économique, jusque-là bidirectionnel. D'une part le secteur privé à but lucratif et d'autre part l'Etat et l'économie nationale de redistribution. L'économie solidaire devrait ajouter une troisième dimension, une économie basée sur la réciprocité et dans laquelle l'accent n'est pas mis sur le profit ou la redistribution, mais sur la capacité des personnes à prendre leur destin en main et de trouver des solutions pour maîtriser la situation actuelle. Cela veut dire, pouvoir agir de manière à ce que les questions de notre temps sur l'avenir puissent trouver une perspective vivable comme réponse.

« Nous voulons donner à l'économie solidaire un cadre juridique par l'introduction d'une association d'intérêt collectif. Cette nouvelle forme juridique permettra de considérer l'économie solidaire comme troisième pilier de notre économie ». C'est un extrait de la déclaration gouvernementale de Jean-Claude Juncker et c'était inscrit dans l'accord de coalition du gouvernement de l'époque du CSV et du LSAP (Parti Socialiste) en 2009. Les Luxembourgeois se souviennent de l'année 2013 à cause des élections anticipées qui ont été provoquées. Le gouvernement CSV/LSAP a dû abdiquer et le nouveau gouvernement était composé de trois partenaires : le DP (Libéraux), le LSAP et, pour la première fois, les Verts. C'était la fin du projet « L'économie solidaire comme troisième pilier économique ». Signe en est la disparition du secrétariat d'Etat au ministère de l'Économie et intégration du portefeuille de l'économie solidaire dans le Ministère du Travail et de l'Emploi. Le Ministre du Travail, Schmit du LSAP, a pris le relais et a stoppé l'évolution prometteuse vers la démocratisation de l'économie, il a orienté la nouvelle doctrine dans le sens de la stratégie du « social business » propagée par l'Union Européenne. Un concept qui, dans le meilleur des cas, place les acteurs du social business à la périphérie du secteur privé et fait des protagonistes de l'économie sociale et solidaire (ESS) de pures structures à caractère caritative. Cette approche n'a nullement été remise en cause par ses successeurs au ministère du Travail et de l'Emploi. Au contraire, les deux ministres successeurs du LSAP, Dan Kersch et Georges Engel, semblaient n'avoir rien à voir avec l'économie sociale et solidaire, chose faite, en évitant tout simplement toutes déclarations publiques à ce sujet. Dans ce contexte, l'Institut Luxembourgeois de l'économie solidaire (ILES) a souhaité

savoir où en est aujourd'hui l'ESS au Luxembourg et quelles ambitions sont associées à son développement. En collaboration avec Apex, un institut de recherche parisien, on a tenté de le savoir en réalisant une étude publiée en mai 2022. Entre autres, l'étude confirme dans un constat central une première période de dynamisme (2000-2013) vers une institutionnalisation de l'économie solidaire puis dans une seconde phase (2013 à ce jour) une préférence pour le concept d'entreprise sociale sans prendre en compte son rôle dans les aspects sociaux, écologiques, politiques ou démocratiques. Mais revenons à la première période et en nous référant à l'étude (disponible sur [www.iles.lu](http://www.iles.lu)) nous pouvons montrer par des exemples quels concepts progressistes l'économie solidaire a non seulement revendiqués mais aussi mis en œuvre durant cette période.

Mot clé : cadre juridique. Sur le plan du droit du travail, le ministre François Bildgen a mis fin aux soi-disant "mesures" telles que la Division d'auxiliaires temporaires (DAT) et les associations d'économie solidaire ont été autorisées à conclure des contrats de travail réguliers à durée déterminée avec tous les salariés. Dans ce contexte, il convient de noter que dans le même contexte, le RMG (Revenu minimum garanti) a ensuite été transformé sans grand succès en REVIS (Revenu d'inclusion sociale), alors que la discussion aurait pu être orientée vers le revenu citoyen. Avec le ministre des Travaux publics de l'époque, Claude Wiseler, les critères sociaux et écologiques sont pour la première fois pris en compte dans les appels d'offres publics et le prix le plus bas n'est plus exclusivement déterminant. Sous l'impulsion de Romain Schneider, alors secrétaire général du LSAP, un secrétariat d'État à l'économie solidaire au sein du ministère de l'Économie est enfin devenu réalité.

Mots clés : climat, écologie et mobilité douce. De nombreux projets de renaturation (ex : Natura 2000 Alzette, murs en pierres sèches sur la Moselle, etc.) ont pu être abordés grâce à la participation des associations d'économie solidaire, qui ont d'ailleurs développé un savoir-faire vraiment solide dans ce domaine. Des projets d'agriculture/jardinage urbains sont lancés et les premiers jardins communautaires deviennent réalité, ceci, en collaboration avec d'autres comme le Coin de Terre et du Foyer (CTF) et la Fédération des Horticulteurs avec qui une convention de cohabitation pacifique est signée. Des espèces de plantes indigènes oubliées depuis longtemps ont été semées à nouveau, ..etc. Le premier système gratuit municipal de location de vélos (Velok) a été mis en place à Esch, et le bus ambulant pour personnes nécessiteux a commencé à calmer la circulation dans le nord du pays.

Mot clé : sociale. Les personnes salariées ont pu retrouver un sens dans leur travail ceci à travers les activités qu'elles ont effectuées pour les différents porteurs de l'économie solidaire. Le réseau de soins HELP, par exemple, est né dans l'économie solidaire. Les structures dans le domaine de la garde d'enfants, des projets intergénérationnels et des services de proximité ont pu être élargies.

Mot clé : numérisation. Les premières structures donnant accès à Internet au Luxembourg étaient des projets solidaires. Ils ont surtout permis d'éviter le gouffre Internet dans notre société. De plus elles sont aujourd'hui des opportunités d'apprentissage pour de nombreuses personnes voulant trouver leur chemin dans ce nouvel environnement numérique.

Mot clé : reconnaissance. Plus de 60 communes de ce pays, soit plus de la moitié, avaient signé une convention sur les principes de l'économie solidaire. A cette époque, le Luxembourg était le seul pays avec le Brésil à avoir institutionnalisé l'économie solidaire et le modèle luxembourgeois était discuté dans le monde entier. Il a ainsi été possible de tenir le Congrès Mondial de l'Économie Solidaire à Luxembourg en 2009 (plus de 800 participants du monde entier) et les Rencontres inter-universitaires annuelles de l'économie sociale et solidaire (RIUESS) en 2010, le plus important congrès des chercheurs de l'ESS avec la participation de l'Université du Luxembourg. Tout cela et bien plus encore a été possible parce que de nombreux groupes d'intérêts, de parties-prenantes, ont pu répondre ensemble à une question requérant du sens. Comment puis-je humaniser le système dans lequel je vis et devenir un avec mon environnement ? Cela valait aussi pour le financement de ce projet global, c'était un financement mixte au plan national dans lequel tous ceux qui pouvaient apporter quelque chose à la cause, contribuaient. L'étude a également montré que ces projets caractéristiques de l'économie solidaire sont aujourd'hui encore nombreux. Ils sont actifs dans des domaines tels que la transition, la monnaie locale, la construction écologique, le logement

intergénérationnel, l'éducation (populaire), l'activisme climatique et les projets déjà décrits ici. C'est maintenant au politique de raviver cette dynamique ou de l'enterrer. Elle est mise au défi de donner une scène à tous ces projets qui mènent aujourd'hui une existence ténébreuse. Elle est tenue d'accompagner la volonté d'expérimentation des jeunes, car ils sont notre avenir.

Romain Biever

Président de l'Institut luxembourgeois d'économie solidaire ILES